



TECHNISCHE  
UNIVERSITÄT  
WIEN



# Berufungsverfahren

(online 14.10.2020)

Berufungsverfahren

Beschluss des Rektorates vom 07.10.2020

Beschluss des Senates vom 12.10.2020

Verlautbarung im Mitteilungsblatt Nr. 42/2020 vom 15.10.2020 (Ifd. Nr. 414)

GZ: 30002.07/004/2020

# BERUFUNGSVERFAHREN

## INHALT

Inhalt .....	1
1 Teil 1: Berufungsverfahren gemäß § 98 UG.....	1
1.1 § 1 Einleitung eines Berufungsverfahrens .....	1
1.2 § 2 Ausschreibung .....	1
1.3 § 3 Gutachter_innen .....	2
1.4 § 4 Berufungskommission .....	3
1.5 § 5 Verfahren der Berufungskommission.....	4
1.6 § 6 Erstellung der Gutachten .....	4
1.7 § 7 Berufungsvorträge und Interviews .....	5
1.8 § 8 Erstellung des Besetzungsvorschlages .....	7
1.9 § 9 Zurückverweisung des Besetzungsvorschlages an die Berufungskommission .....	7
1.10 § 10 Auswahlentscheidung des Rektors_der Rektorin .....	7
1.11 § 11 Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen/Schiedskommission .....	7
1.12 § 12 Betriebsrat .....	8
1.13 § 13 Verständigung des Senates.....	8
1.14 § 14 Inkrafttreten und Übergangsbestimmung.....	8
1.15 § 15 Übergangsbestimmungen.....	8
2 Teil 2: Berufungsverfahren gemäß § 99 Abs. 4 UG .....	8
2.1 § 16 Einleitung des Berufungsverfahrens .....	8
2.2 § 17 Zielgruppe.....	9
2.3 § 18 Ausschreibung .....	9
2.4 § 19 Berufungskommission .....	10
2.5 § 20 Verfahren der Berufungskommission.....	11
2.6 § 21 Gutachter_innen .....	11
2.7 § 22 Erstellung der Gutachten .....	11
2.8 § 23 Erstellung des Besetzungsvorschlages .....	12
2.9 § 24 Besetzungsentscheidung.....	12
2.10 § 25 Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen/Schiedskommission .....	12

## BERUFUNGSVERFAHREN

2.11	§ 26 Betriebsrat .....	13
2.12	§ 27 Verständigung des Senates.....	13
2.13	§ 28 Inkrafttreten .....	13

# 1 TEIL 1: BERUFUNGSVERFAHREN GEMÄß § 98 UG

## 1.1 § 1 EINLEITUNG EINES BERUFUNGSVERFAHRENS

- (1) Voraussetzungen für die Einleitung des Berufungsverfahrens gemäß § 98 UG sind die Widmung einer Professor\_innenstelle mit dem entsprechenden Fachgebiet im Entwicklungsplan der Technischen Universität Wien sowie die Zustimmung des Rektorates.
- (2) Anträge betreffend die Einleitung eines Berufungsverfahrens sind durch den\_die jeweils zuständige Dekan\_in an den\_die Rektor\_in zu richten; diese\_r kann auch selbstständig tätig werden. Bei Vorliegen der Voraussetzungen wird von dem\_der Rektor\_in das Berufungsverfahren eingeleitet.  
Der\_Die Rektor\_in informiert den Senat über die Einleitung des Berufungsverfahrens.
- (3) Mit der Einleitung des Berufungsverfahrens setzt das Rektorat für die gezielte Suche nach geeigneten Kandidat\_innen und zur Sondierung der Bewerber\_innenlage für die auszuschreibende Professur durch Analyse der potentiellen Bewerber\_innenlage von Nachwuchswissenschaftler\_innen und -künstler\_innen einen Sondierungsausschuss ein.
- (4) Dem Sondierungsausschuss gehören als Vorsitzende\_r der\_die Dekan\_in der zuständigen Fakultät sowie mindestens zwei weitere facheinschlägige nach internationalen Standards technisch/wissenschaftlich/künstlerisch ausgewiesene Personen an, von denen eine Person von den Professor\_innen der Fakultät und mindestens eine weitere Person von dem\_der Rektor\_in nominiert wird. Dem Sondierungsausschuss soll eine Frau angehören. Bei der Suche werden alle verfügbaren Netzwerke genutzt. Der Sondierungsausschuss legt dem Rektorat innerhalb von zwei Monaten einen Abschlussbericht vor. Die Ergebnisse des Sondierungsausschusses sollen im Ausschreibungstext (Teil 1 § 2) Berücksichtigung finden.

## 1.2 § 2 AUSSCHREIBUNG

- (1) Der gendersensibel zu verfassende Ausschreibungstext ist unter Verwendung der Ausschreibungsmuster und unter Beachtung der Bestimmungen des Frauenförderungsplans der Technischen Universität Wien i.d.g.F. zu erstellen und hat jedenfalls
  - a. das zu besetzende Fach,
  - b. die mit dieser Professur verbundenen speziellen Aufgaben in Forschung und Lehre (Schwerpunkte),
  - c. das Anforderungsprofil,
  - d. die Angabe zum Erfordernis eines abgeschlossenen Doktorats- oder PhD-Studiums oder in begründeten Fällen einer gleichwertigen wissenschaftlichen/künstlerischen Qualifikation,
  - e. die Angabe zum Erfordernis der didaktischen Eignung,
  - f. das Erfordernis eines Lehr- und Forschungskonzeptes,
  - g. den Zusatz, dass die Technische Universität Wien eine Erhöhung des Frauenanteils insbesondere in Leitungsfunktionen und beim wissenschaftlichen/künstlerischen Personal anstrebt und deshalb qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung

## BERUFUNGSVERFAHREN

auffordert sowie die Aufforderung zur Bewerbung an behinderte Personen mit entsprechender Qualifikation

zu enthalten. Soweit dies in dem zu besetzenden Fach möglich und sinnvoll ist, kann auch das Erfordernis einer facheinschlägigen Auslandserfahrung und/oder außeruniversitären Praxis in den Ausschreibungstext aufgenommen werden.

- (2) Der Ausschreibungstext wird vom Rektorat unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Sondierungsausschusses (Teil 1 § 1 Abs. 4) im Einvernehmen mit dem\_der zuständigen Dekan\_in erstellt, der\_die diesen an den\_die zuständige\_n Fachjurist\_in zur formalen Kontrolle sowie zur Freigabe an den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen übermittelt. Der\_Die zuständige Fachjurist\_in retourniert den Ausschreibungstext mit seinem\_ihrem Sichtvermerk an den\_die Dekan\_in, der\_die diesen mit dem Sichtvermerk und der Freigabe durch den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen an den\_die Rektor\_in übermittelt. Nach Beschluss des Ausschreibungstextes durch das Rektorat wird vom zuständigen Rektoratsmitglied in Abstimmung mit dem\_der zuständigen Dekan\_in die Ausschreibung veranlasst.
- (3) Die Professor\_innenstelle ist vom Rektorat im In- und Ausland öffentlich auszuschreiben. Bewerbungen sind an den\_die Dekan\_in zu richten und von diesem\_dieser an die Berufungskommission weiter zu leiten.

### 1.3 § 3 GUTACHTER\_INNEN

- (1) Die Universitätsprofessor\_innen des Senats haben auf Vorschlag der Universitätsprofessor\_innen der zuständigen Fakultät bzw. der betroffenen Fakultäten mindestens zwei facheinschlägige nach internationalen Standards ausgewiesene Gutachter\_innen zu bestellen, davon mindestens eine\_n externe\_n Gutachter\_in. Sie können diese Aufgabe auch an die Universitätsprofessor\_innen der zuständigen Fakultät übertragen. Der\_Die Rektor\_in kann eine\_n weitere\_n Gutachter\_in bestellen. Bei der Auswahl der Gutachter\_innen ist auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten.
- (2) Zu Gutachter\_innen gemäß Teil 1 § 3 Abs. 1 können auch Mitglieder der Berufungskommission nach Maßgabe von § 4 bestellt werden. Der Vorschlag zur Bestellung als Gutachter\_in ist in diesem Fall von den Universitätsprofessor\_innen der Fakultät(en) besonders zu begründen. Folgen die Universitätsprofessor\_innen des Senats diesem Vorschlag begründet nicht, sind andere Gutachter\_innen ohne Mitgliedschaft in der Berufungskommission vorzuschlagen. Externe Gutachter\_innen dürfen keine Universitätsangehörigen gemäß § 94 UG i.d.j.g.F. sein.
- (3) Die Gutachter\_innen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (4) Die Gutachter\_innen haben eine Befangenheitserklärung gemäß dem Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ i.d.g.F. abzugeben und sind dazu verpflichtet, der Berufungskommission jede Befangenheit oder Abhängigkeit unverzüglich anzuzeigen.

## BERUFUNGSVERFAHREN

### 1.4 § 4 BERUFUNGSKOMMISSION

- (1) Der Senat setzt nach Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens durch den\_ die Rektor\_in ehestmöglich eine entscheidungsbefugte Berufungskommission mit folgender Parität ein:
- (2) Fünf Mitglieder aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen,
- (3) zwei Mitglieder aus der Personengruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb, die zumindest ein fachlich einschlägiges abgeschlossenes Diplom- oder Masterstudium bzw. einen vergleichbaren wissenschaftlichen Abschluss nachweisen können und
- (4) zwei Mitglieder aus der Personengruppe der Studierenden.
- (5) Bei der Beschlussfassung über die Einsetzung der Kommission ist (neben den sonstigen Beschlusserfordernissen) eine Mehrheit der anwesenden Universitätsprofessor\_innen einschließlich der sonstigen Mitglieder des Senats mit *venia docendi* erforderlich.
- (6) Mitglieder und Ersatzmitglieder der Berufungskommission werden durch die Vertreter\_innen der jeweiligen Personengruppe im Senat auf Vorschlag bzw. nach Anhörung der jeweiligen Personengruppe der zuständigen Fakultät bzw. der überwiegend betroffenen Fakultäten entsendet. Mindestens ein wissenschaftlich/künstlerisch nach internationalen Standards facheinschlägig ausgewiesenes Mitglied der Berufungskommission aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen muss extern sein. Die Personengruppe der Universitätsdozent\_innen und wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb kann ebenfalls externe wissenschaftlich/künstlerisch nach internationalen Standards facheinschlägig ausgewiesene Mitglieder entsenden. Die Vertreter\_innen der Studierenden sind vom zuständigen Organ der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der TU Wien zu entsenden.
- (7) Die Funktion eines\_einer Dekanin bzw. eines\_einer Studiendekan\_in ist mit der Mitgliedschaft in einer Berufungskommission unvereinbar. Dekan\_innen und Studiendekan\_innen können daher nicht als Mitglieder in Berufungskommissionen entsendet werden bzw. scheiden als Mitglieder einer Berufungskommission mit ihrer Bestellung durch das Rektorat (§ 20 Abs. 5 UG i.d.g.F.) aus der Kommission aus.
- (8) Für die Mitglieder der Berufungskommission kommt der Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ i.d.g.F. zur Anwendung. Personen, auf die in diesem Satzungsteil angeführte Ausschlusskriterien zutreffen, gelten als befangen und sind nicht in Berufungskommissionen zu entsenden bzw. scheiden mit dem Bekanntwerden des Vorliegens eines ausschließenden Befangenheitsgrundes aus der Berufungskommission aus.
- (9) Die Berufungskommission ist gesetzeskonform gemäß § 20a UG (Geschlechtergerechte Zusammensetzung von Kollegialorganen) i.d.j.g.F. unter Berücksichtigung von § 42 Abs. 8a UG i.d.j.g.F. zusammenzusetzen.

## BERUFUNGSVERFAHREN

### 1.5 § 5 VERFAHREN DER BERUFUNGSKOMMISSION

- (1) Die konstituierende Sitzung der Berufungskommission ist vom an Lebensjahren ältesten Kommissionsmitglied aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen der Technischen Universität Wien spätestens 7 Arbeitstage nach Beendigung der Ausschreibungsfrist einzuberufen und bis zur Wahl eines\_einer Vorsitzenden zu leiten. Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission ist mit einfacher Mehrheit aus dem Kreis der Universitätsprofessor\_innen persönlich zu wählen. Zum\_Zur Vorsitzenden der Berufungskommission kann mit einfacher Mehrheit auch ein Mitglied mit Lehrbefugnis aus der Personengruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb persönlich gewählt werden, sofern diese Wahl von der Mehrheit der Universitätsprofessor\_innen unterstützt wird. In weiterer Folge sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung für Kollegialorgane i.d.g.F. anzuwenden.
- (2) Dekan\_innen und Studiendekan\_innen sind als Auskunftspersonen zu den Sitzungen der Berufungskommissionen einzuladen.
- (3) Die Berufungskommission kann mit deren Zustimmung auch Wissenschaftler\_innen bzw. Künstler\_innen, die sich nicht beworben haben, als Kandidat\_innen in das Berufungsverfahren mit einbeziehen, sofern von diesen innerhalb von sechs Wochen nach Einladung durch die Berufungskommission zu Bewerbungsunterlagen vergleichbare Unterlagen zum persönlichen und wissenschaftlichen/künstlerischen Werdegang beigebracht werden.
- (4) Über den Umgang mit geringfügig verspätet eingelangten Bewerbungen (max. 3 Arbeitstage) entscheidet die Berufungskommission.
- (5) Die Berufungskommission fragt standardmäßig während des Verfahrens Befangenheiten und Abhängigkeiten nach dem Eingang der Bewerbungen, nach der Festlegung der Einzuladenden sowie bei der Beauftragung der Gutachter\_innen ab. Stellt sich dabei heraus, dass ein Mitglied der Kommission oder ein\_e Gutacher\_in befangen ist, kann er\_sie an den Beratungen zur Person nicht teilnehmen oder muss ersetzt werden. Welche Maßnahme greift, ist dem Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ i.d.g.F zu entnehmen. Gemeldete Befangenheiten und der Umgang mit ihnen sind jedenfalls im Protokoll zu dokumentieren.
- (6) Damit der Senat und der\_die Rektor\_in einen Überblick über den Fortschritt der Arbeit der eingesetzten Berufungskommissionen bekommt, ist ein Statusbericht des\_der Kommissionsvorsitzenden an den Senatsvorsitz und den\_die Rektor\_in bei folgenden Verfahrensabschnitten vorgesehen:
  - a. Konstituierende Sitzung
  - b. Vorliegen der erforderlichen Gutachten
  - c. Vorliegen der Empfehlung der Berufungskommission

Darüber hinaus muss bei jeglicher Abweichung vom Standardprozess zu Berufungsverfahren ein Bericht an den Senatsvorsitz und den\_die Rektor\_in erfolgen.

### 1.6 § 6 ERSTELLUNG DER GUTACHTEN

- (1) Die Berufungskommission hat zu überprüfen, ob die vorliegenden Bewerbungen die

## BERUFUNGSVERFAHREN

Ausschreibungskriterien erfüllen und jene, bei denen das nicht der Fall ist, vorab auszuschneiden. Die fristgerecht eingelangten Bewerbungen und Unterlagen der übrigen Bewerber\_innen einschließlich der gemäß Teil 1 § 5 Abs. 3 und 4 herangezogenen Kandidat\_innen sind an die gem. Teil 1 § 3 bestellten Gutachter\_innen weiterzuleiten und diese mit einer gutachterlichen Beurteilung der Eignung aller verbliebenen Kandidat\_innen für die ausgeschriebene Stelle zu betrauen.

- (2) Die Gutachter\_innen werden gebeten, zusätzlich zur individuellen Einschätzung der Eignung und Qualifikation der Bewerber\_innen für die ausgeschriebene Professur, eine begründete Liste der bestgeeigneten Bewerber\_innen zu erstellen.
- (3) Für das Erstellen der Gutachten ist eine Frist von drei Monaten zu setzen.
- (4) Die Berufungskommission entscheidet auf Grundlage von mindestens zwei Gutachten, davon eines extern.
- (5) Macht der\_die Rektor\_in von seinem\_ihrem Recht Gebrauch, ein zusätzliches Gutachten einzufordern, kann das Verfahren erst nach Einlangen dieses Gutachtens fortgesetzt werden.

### 1.7 § 7 BERUFUNGSVORTRÄGE UND INTERVIEWS

- (1) Die Berufungskommission erstellt unter Beachtung der vorliegenden Unterlagen und Gutachten eine Liste von geeigneten Kandidat\_innen, denen die Gelegenheit zu geben ist, sich in angemessener Weise der zuständigen Fakultät bzw. den betroffenen Fakultäten zu präsentieren (Berufungsvortrag, Interview).
- (2) Einzuladen sind jedenfalls alle Bewerber\_innen, die die gesetzlichen Ernennungsvoraussetzungen oder die Aufnahmeerfordernisse erfüllen und den Anforderungen des Ausschreibungstextes entsprechen. In besonders berücksichtigungswürdigen Fällen (z.B. einer ungewöhnlich großen Anzahl an Bewerberinnen) kann ausnahmsweise und mit schriftlichem Einverständnis des AKG die Anzahl der einzuladenden Bewerberinnen reduziert werden.
- (3) Hearings sind grundsätzlich mit physischer Anwesenheit der Bewerber\_innen abzuhalten. Ist die physische Anwesenheit eine\_r Bewerber\_in in den Hearings nicht möglich (zB aus gesundheitlichen Gründen) oder nicht tunlich (zB aufgrund höherer Gewalt), sind die Hearings aller Bewerber\_innen unter Verwendung technischer Kommunikationsmittel durchzuführen, sofern die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:
  - a. Bewerber\_innen und Berufungskommission müssen wechselseitig hörbar sein;
  - b. Bewerber\_innen müssen für die Berufungskommission sichtbar sein;
  - c. Die Datenübermittlung muss auf sicheren Kanälen vertraulich erfolgen;
  - d. Die Art der Durchführung des Hearings mit dem\_der Bewerber\_in sowie die Beschlussfassung darüber sind im Protokoll festzuhalten.

## BERUFUNGSVERFAHREN

Bei Durchführung der Hearings mit den zugeschalteten Bewerber\_innen gelten diese als anwesend.

Für den Fall, dass die physische Anwesenheit eines oder mehrerer Bewerber\_innen nicht möglich oder nicht tunlich ist, hat der\_die Betroffene dies dem\_der Vorsitzenden der Berufungskommission bekannt zu geben.

Für den Fall, dass es während der Durchführung des Hearings mit den zugeschalteten Bewerber\_innen zu Störungen der Verbindung zu den von der Berufungskommission verwendeten technischen Kommunikationsmitteln kommt, entscheidet der\_die Vorsitzende der Berufungskommission, ob die Sitzung unterbrochen oder abgebrochen wird. Bei Abbruch der Sitzung ist ein neuer Termin für die Hearings von der Berufungskommission festzulegen.

Für den Fall, dass es während der Durchführung des Hearings mit eine\_r Bewerber\_in zu Störungen der Verbindung zu den vom\_von der zugeschalteten Bewerber\_in verwendeten technischen Kommunikationsmitteln kommt, entscheidet der\_die Vorsitzende der Berufungskommission, ob die Verbindung (wieder) hergestellt wird oder ein neuer Termin für das Hearing mit dem\_der betroffenen Bewerber\_in von der Berufungskommission festzulegen ist. Kommt es beim verschobenen Hearing erneut zu einer Störung der Verbindung zu den vom\_von der zugeschalteten Bewerber\_in verwendeten technischen Kommunikationsmitteln, ist ein neuerlicher Verbindungsversuch zu unternehmen. Kommt es erneut zu Störungen der Verbindung, entscheidet die Berufungskommission über das weitere Vorgehen.

Wenn keine Regelungen zu unvorhergesehenen Umständen bestehen, entscheidet der\_die Vorsitzende der Berufungskommission über die zu treffenden Maßnahmen und gibt diese zu Protokoll.

Die Art und Dauer der Anwesenheit der Bewerber\_innen in der Sitzung ist zu protokollieren.

- (4) Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission übermittelt die Liste der geeigneten Kandidat\_innen ehestmöglich dem\_der zuständigen Dekan\_in, der\_die diese an den\_die Rektor\_in weiterleitet.
- (5) Der Berufungsvortrag setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Teil eins umfasst die Behandlung eines von der Berufungskommission vorgegebenen Themas, welches in einer vorgegebenen Zeit zu behandeln ist und dient der Überprüfung der didaktischen Eignung des\_der Kandidat\_in. Teil zwei umfasst den wissenschaftlichen/künstlerischen Vortrag zu einem von dem\_der Kandidat\_in frei wählbaren Thema.
- (6) Die organisatorische Zuständigkeit für die Durchführung dieser Berufungsvorträge und Interviews liegt bei dem\_der Vorsitzenden der Berufungskommission. Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission wird darin vom entsprechenden Dekanat unterstützt.

## BERUFUNGSVERFAHREN

### 1.8 § 8 ERSTELLUNG DES BESETZUNGSVORSCHLAGES

- (1) Die Berufungskommission erstellt auf Grund der vorliegenden Bewerbungsunterlagen, Gutachten sowie der Berufungsvorträge und Interviews einen begründeten und gereihten Besetzungsvorschlag, der drei für die Besetzung der ausgeschriebenen Stelle am besten geeignete Kandidat\_innen zu enthalten hat. Ein Besetzungsvorschlag mit weniger als drei Kandidat\_innen ist besonders zu begründen.
- (2) Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission übermittelt dem\_der Dekan\_in den Besetzungsvorschlag mit allen Einreichunterlagen der vorgeschlagenen Kandidat\_innen sowie sämtliche Protokolle, Gutachten (zu allen Kandidat\_innen) und sonstigen Schriftverkehr. Der\_Die Dekan\_in übermittelt dem\_der Rektorin den Besetzungsvorschlag der Kommission, eine Stellungnahme dazu, sowie die Protokolle und gegebenenfalls einen Abschlussbericht der Kommission.

### 1.9 § 9 ZURÜCKVERWEISUNG DES BESETZUNGSVORSCHLAGES AN DIE BERUFUNGSKOMMISSION

Ist der\_die Rektorin nach etwaiger Anhörung des\_der zuständigen Dekan\_in und des\_der Vorsitzenden der Berufungskommission der Ansicht, dass der Besetzungsvorschlag nicht die am besten geeigneten Kandidat\_innen enthält, so hat er\_sie den Besetzungsvorschlag einschließlich Begründung an die Berufungskommission zurückzuverweisen oder das Verfahren einzustellen.

### 1.10 § 10 AUSWAHLENTSCHEIDUNG DES REKTORS\_ DER REKTORIN

- (1) Der\_Die Rektor\_in trifft die Auswahlentscheidung aus den von der Berufungskommission vorgeschlagenen Kandidat\_innen.  
Zur Unterstützung dazu kann der\_die Rektor\_in ein zusätzliches vergleichendes Gutachten zu allen von der Berufungskommission gem. Teil 1 § 8 Abs. 1 vorgeschlagenen Kandidat\_innen anfertigen lassen. Die Wahl des\_der Gutachter\_in\_ obliegt dem\_der Rektor\_in. Für dieses Gutachten sind Teil 1 § 3 Abs. 4 (Befangenheit) und Teil 1 § 6 Abs. 3 (Fristigkeit) anzuwenden.
- (2) Der\_Die Rektor\_in führt unter Einbeziehung des\_der zuständigen Dekan\_in die Berufungsverhandlungen und schließt im Falle einer Einigung mit dem\_der ausgewählten Kandidat\_in den Arbeitsvertrag ab.  
Gleichzeitig trifft der\_die Rektor\_in unter Einbeziehung des\_der zuständigen Dekan\_in eine Entscheidung betreffend die Zuordnung des\_der ausgewählten Kandidat\_in zu einer Organisationseinheit der Universität.

### 1.11 § 11 ARBEITSKREIS FÜR GLEICHBEHANDLUNGSFRAGEN/SCHIEDSKOMMISSION

- (1) Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen ist zu allen Sitzungen der Berufungskommission einschließlich aller Berufungsvorträge und Interviews einzuladen und kann gemäß Frauenförderungsplan (FFP) bis zu zwei Mitglieder entsenden. Diese nehmen mit beratender

## BERUFUNGSVERFAHREN

Stimme teil. Der AKG hat das Recht, nach Maßgabe des § 42 Abs. 4 UG unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen Einblick in alle Unterlagen, insbesondere in die Bewerbungsunterlagen und die Gutachten zu nehmen, und diese auch zu vervielfältigen.

Die Auswahlentscheidung des\_der Rektor\_in ist dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen vor Aufnahme der Berufungsverhandlungen bekannt zu geben.

- (2) Die Befugnisse und Rechte des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen und der Schiedskommission werden in §§ 42 Abs. 4 bis 9, 43 und 98 Abs. 9 und 10 UG i.d.j.g.F sowie im Satzungsteil "Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen" i.d.j.g.F. geregelt.

### 1.12 § 12 BETRIEBSRAT

Der\_Die Rektor\_in informiert den Betriebsrat über die Annahme des Besetzungsvorschlages und die Auswahlentscheidung.

### 1.13 § 13 VERSTÄNDIGUNG DES SENATES

Der\_Die Rektor\_in informiert den Senat über die Annahme des Besetzungsvorschlages.

### 1.14 § 14 INKRAFTTRETEN UND ÜBERGANGSBESTIMMUNG

Dieser Satzungsteil in der am 26.06.2017 durch den Senat beschlossenen Fassung tritt am 01.10.2017 in Kraft.

### 1.15 § 15 ÜBERGANGSBESTIMMUNGEN

Vom Senat eingesetzte Berufungskommissionen, die sich bereits vor dem 01.10.2017 konstituiert haben, führen das Verfahren nach den bis einschließlich 30.09.2017 geltenden Bestimmungen durch. Die vom Senat eingesetzten Berufungskommissionen, die sich bis einschließlich 30.09.2017 nicht konstituiert haben, sind vom Senat neu einzusetzen. Der Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ ist in allen Verfahren sinngemäß umzusetzen.

## 2 TEIL 2: BERUFUNGSVERFAHREN GEMÄß § 99 ABS. 4 UG

### 2.1 § 16 EINLEITUNG DES BERUFUNGSVERFAHRENS

- (1) Voraussetzung für die Einleitung von Berufungsverfahren gemäß § 99 Abs. 4 ist die Festlegung der Stellen zur Besetzung von Professuren für Universitätsdozent\_innen/assoziierte Professor\_innen im Entwicklungsplan der Technischen Universität Wien sowie die Zustimmung des Rektorates.
- (2) Anträge betreffend die Einleitung eines Berufungsverfahrens sind durch den\_die jeweils zuständige Dekan\_in an den\_die Rektor\_in zu richten; diese\_r kann auch selbstständig tätig werden. Bei Vorliegen der Voraussetzungen wird von dem\_der Rektor\_in das Berufungsverfahren eingeleitet.

## BERUFUNGSVERFAHREN

Der\_Die Rektor\_in informiert den Senat über die Einleitung des Berufungsverfahrens.

### 2.2 § 17 ZIELGRUPPE

- (1) Die Ausschreibung einer Professur gemäß § 99 Abs. 4 richtet sich entweder an
  - a. Universitätsdozent\_innen gem. § 94 Abs. 2 Z 2 UG oder
  - b. assoziierte Professor\_innen.
- (2) Die Zielgruppe der Ausschreibung ist im Ausschreibungstext explizit anzuführen. Die in Teil 2 dieses Satzungsteiles geregelten Verfahrensbestimmungen gelten gleichermaßen für Ausschreibungen von Professuren für Universitätsdozent\_innen sowie für assoziierte Professor\_innen.

### 2.3 § 18 AUSSCHREIBUNG

- (1) Der gendersensibel zu verfassende Ausschreibungstext ist unter Verwendung des Ausschreibungsmusters und unter Beachtung der Bestimmungen des Frauenförderungsplans der Technischen Universität Wien idgF. zu erstellen und hat jedenfalls
  - a. das zu besetzende Fach,
  - b. die mit dieser Professur verbundenen speziellen Aufgaben in Forschung und Lehre (Schwerpunkte),
  - c. das Anforderungsprofil,
  - d. Angabe zum Erfordernis eines abgeschlossenen Doktors- oder PhD-Studiums oder in begründeten Fällen einer gleichwertigen wissenschaftlichen/künstlerischen Qualifikation,
  - e. das Erfordernis der didaktischen Eignung,
  - f. das Erfordernis eines Forschungs- und eines Lehrkonzeptes,
  - g. den Zusatz, dass die Technische Universität Wien eine Erhöhung des Frauenanteils insbesondere in Leitungsfunktionen und beim wissenschaftlichen/künstlerischen Personal anstrebt und deshalb qualifizierte Frauen ausdrücklich zur Bewerbung auffordert sowie
  - h. die Aufforderung zur Bewerbung an behinderte Personen mit entsprechender Qualifikation

zu enthalten. Soweit dies in dem zu besetzenden Fach möglich und sinnvoll ist, kann auch das Erfordernis einer facheinschlägigen Auslandserfahrung und/oder außeruniversitären Praxis in den Ausschreibungstext aufgenommen werden.

- (2) Der Ausschreibungstext wird vom Rektorat im Einvernehmen mit dem\_der zuständigen Dekan\_in erstellt und an den\_die zuständige\_n Fachjurist\_in zur formalen Kontrolle sowie zur Freigabe an den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen übermittelt. Der\_Die zuständige Fachjurist\_in retourniert den Ausschreibungstext mit seinem\_ihrem Sichtvermerk an den\_die Dekan\_in, der\_die diesen mit dem Sichtvermerk und der Freigabe durch den Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen an den\_die Rektor\_in übermittelt. Nach Beschluss des Ausschreibungstextes durch das Rektorat wird vom zuständigen Rektoratsmitglied in Abstimmung mit dem\_der zuständigen Dekan\_in die Ausschreibung veranlasst.

## BERUFUNGSVERFAHREN

- (3) Die Professor\_innenstelle ist vom Rektorat im Mitteilungsblatt der Technischen Universität öffentlich auszuschreiben. Bewerbungen sind an den\_die Dekan\_in zu richten und von diesem\_dieser an die Berufungskommission weiter zu leiten.

### 2.4 § 19 BERUFUNGSKOMMISSION

- (1) Der Senat setzt nach Information über die Einleitung des Berufungsverfahrens durch den\_die Rektor\_in ehestmöglich eine Berufungskommission mit folgender Parität ein:
- Drei Mitglieder aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen,
  - ein Mitglied aus der Personengruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb, das zumindest ein fachlich einschlägiges abgeschlossenes Diplom- oder Masterstudium bzw. einen vergleichbaren wissenschaftlichen Abschluss nachweisen kann und
  - ein Mitglied aus der Personengruppe der Studierenden.
- (2) Bei der Beschlussfassung über die Einsetzung der Kommission ist (neben den sonstigen Beschlusserfordernissen) eine Mehrheit der anwesenden Universitätsprofessor\_innen einschließlich der sonstigen Mitglieder des Senats mit *venia docendi* erforderlich.
- (3) Mitglieder und Ersatzmitglieder der Berufungskommission werden durch die Vertreter\_innen der jeweiligen Personengruppe im Senat auf Vorschlag bzw. nach Anhörung der jeweiligen Personengruppe der zuständigen Fakultät bzw. der überwiegend betroffenen Fakultäten entsendet. Mindestens ein wissenschaftlich/künstlerisch nach internationalen Standards facheinschlägig ausgewiesenes Mitglied der Berufungskommission aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen muss extern sein. Die Personengruppe der Universitätsdozent\_innen und wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb kann ebenfalls ein externes wissenschaftlich/künstlerisch nach internationalen Standards facheinschlägig ausgewiesenes Mitglied entsenden. Der\_Die Vertreter\_in der Studierenden ist vom zuständigen Organ der Hochschülerinnen- und Hochschülerschaft an der TU Wien zu entsenden.
- (4) Die Funktion eines Dekans\_einer Dekanin bzw. eines Studiendekans\_einer Studiendekanin ist mit der Mitgliedschaft in einer Berufungskommission unvereinbar. Dekan\_innen und Studiendekan\_innen können daher nicht als Mitglieder in Berufungskommissionen entsendet werden bzw. scheiden als Mitglieder einer Berufungskommission mit ihrer Bestellung durch das Rektorat (§ 20 Abs. 5 UG) aus der Kommission aus.
- (5) Für die Zusammensetzung der Berufungskommission kommt der Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ zur Anwendung. Personen, auf die in diesem Satzungsteil angeführte Ausschlusskriterien zutreffen, gelten als befangen und sind nicht in Berufungskommissionen zu entsenden bzw. scheiden mit dem Bekanntwerden des Vorliegens eines ausschließenden Befangenheitsgrundes aus der Berufungskommission aus.
- (6) Die Berufungskommission ist gesetzeskonform gemäß § 20a UG (Geschlechtergerechte Zusammensetzung von Kollegialorganen) i.d.g.F. unter Berücksichtigung von § 42 Abs. 8a UG i.d.g.F. zusammenzusetzen.

## BERUFUNGSVERFAHREN

### 2.5 § 20 VERFAHREN DER BERUFUNGSKOMMISSION

- (1) Die konstituierende Sitzung der Berufungskommission ist vom an Lebensjahren ältesten Kommissionsmitglied aus der Personengruppe der Universitätsprofessor\_innen der Technischen Universität Wien spätestens 7 Arbeitstage nach Beendigung der Ausschreibungsfrist einzuberufen und bis zur Wahl eines\_einer Vorsitzenden zu leiten. Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission ist mit einfacher Mehrheit aus dem Kreis der Universitätsprofessor\_innen persönlich zu wählen. Zum\_Zur Vorsitzenden der Berufungskommission kann mit einfacher Mehrheit auch ein Mitglied mit Lehrbefugnis aus der Personengruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter\_innen im Forschungs-, Kunst- und Lehrbetrieb persönlich gewählt werden, sofern diese Wahl von der Mehrheit der Universitätsprofessor\_innen unterstützt wird. In weiterer Folge sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung für Kollegialorgane i.d.g.F. anzuwenden.
- (2) Dekan\_innen und Studiendekan\_innen sind als Auskunftspersonen zu den Sitzungen der Berufungskommissionen einzuladen.
- (3) Über den Umgang mit geringfügig verspätet eingelangten Bewerbungen (maximal 3 Arbeitstage) entscheidet die Berufungskommission.
- (4) Die Berufungskommission fragt standardmäßig während des Verfahrens Befangenheiten und Abhängigkeiten nach dem Eingang der Bewerbungen, nach der Festlegung der Einzuladenden sowie bei der Beauftragung der Gutachter\_innen ab. Stellt sich dabei heraus, dass ein Mitglied der Kommission oder ein\_e Gutacher\_in befangen ist, kann er\_sie an den Beratungen zur Person nicht teilnehmen oder muss ersetzt werden. Welche Maßnahme greift, ist dem Satzungsteil „Kriterien zum Ausschluss von Befangenheiten“ zu entnehmen. Gemeldete Befangenheiten und der Umgang mit ihnen sind jedenfalls im Protokoll zu dokumentieren.
- (5) Damit der Senat und der\_die Rektor\_in einen Überblick über den Fortschritt der Arbeit der eingesetzten Berufungskommissionen bekommt, ist ein Statusbericht des Kommissionsvorsitzenden an den Senatsvorsitz und den\_die Rektorin bei folgenden Verfahrensabschnitten vorgesehen:
  - a. Konstituierende Sitzung
  - b. Vorliegen der erforderlichen Gutachten
  - c. Vorliegen der Empfehlung der Berufungskommission

Darüber hinaus muss bei jeglicher Abweichung vom Standardprozess zu Berufungsverfahren ein Bericht an den Senatsvorsitz und den\_die Rektor\_in erfolgen.

### 2.6 § 21 GUTACHTER\_INNEN

Der\_Die Rektor\_in bestellt auf Vorschlag der Berufungskommission mindestens zwei Gutachter\_innen, davon mindestens ein\_e externe\_r. Der\_Die Rektor\_in ist außerdem berechtigt, eine\_n zusätzliche\_n Gutachter\_in in das Verfahren einzubeziehen.

### 2.7 § 22 ERSTELLUNG DER GUTACHTEN

- (1) Die Berufungskommission hat zu überprüfen, ob die vorliegenden Bewerbungen die

## BERUFUNGSVERFAHREN

Ausschreibungskriterien erfüllen und jene, bei denen das nicht der Fall ist, vorab auszuschneiden. Die fristgerecht eingelangten Bewerbungen sind an die gem. Teil 2 § 21 bestellten Gutachter\_innen weiterzuleiten und diese mit einer gutachterlichen Beurteilung der Eignung aller verbliebenen Kandidat\_innen für die ausgeschriebene Stelle zu betrauen.

- (2) Die Gutachter\_innen werden gebeten, zusätzlich zur individuellen Einschätzung der Eignung und Qualifikation der Bewerber\_innen für die ausgeschriebene Professur, eine vergleichende Analyse der vorliegenden Bewerbungen vorzunehmen.
- (3) Für das Erstellen der Gutachten ist eine Frist von drei Monaten zu setzen.
- (4) Die Berufungskommission entscheidet auf Grundlage von mindestens zwei Gutachten, davon eines extern.

### 2.8 § 23 ERSTELLUNG DES BESETZUNGSVORSCHLAGES

- (1) Die Berufungskommission erstellt auf Grund der vorliegenden Bewerbungsunterlagen und Gutachten einen begründeten und gereihten Besetzungsvorschlag.
- (2) Der\_Die Vorsitzende der Berufungskommission übermittelt dem\_der Dekan\_in den Besetzungsvorschlag mit allen Einreichunterlagen der vorgeschlagenen Kandidat\_innen ebenso sämtliche Protokolle, Gutachten (zu allen Kandidat\_innen) und sonstigen Schriftverkehr. Der\_Die Dekan\_in übermittelt dem\_der Rektor\_in den Besetzungsvorschlag der Kommission, eine Stellungnahme dazu, sowie die Protokolle und gegebenenfalls einen Abschlussbericht der Kommission.

### 2.9 § 24 BESETZUNGSENTSCHEIDUNG

Der\_Die Rektor\_in trifft die Entscheidung der zu besetzenden Stelle auf Basis des Besetzungsvorschlages der Berufungskommission und nach Anhörung der Universitätsprofessor\_innen des fachlichen Bereichs sowie des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen.

### 2.10 § 25 ARBEITSKREIS FÜR GLEICHBEHANDLUNGSFRAGEN/SCHIEDSKOMMISSION

- (1) Der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen ist zu allen Sitzungen der Berufungskommission einschließlich aller Berufungsvorträge und Interviews einzuladen und kann gemäß Frauenförderungsplan (FFP) bis zu zwei Mitglieder entsenden. Diese nehmen mit beratender Stimme teil. Der AKG hat das Recht, nach Maßgabe des § 42 Abs. 4 UG unter Beachtung der datenschutzrechtlichen Bestimmungen Einblick in alle Unterlagen, insbesondere in die Bewerbungsunterlagen und die Gutachten zu nehmen, und diese auch zu vervielfältigen.
- (2) Die Befugnisse und Rechte des Arbeitskreises für Gleichbehandlungsfragen und der Schiedskommission werden in §§ 42 Abs. 4 bis 9, 43 und 98 Abs. 9 und 10 UG i.d.j.g.F sowie im Satzungsteil "Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen" i.d.j.g.F. geregelt.

## BERUFUNGSVERFAHREN

### 2.11§ 26 BETRIEBSRAT

Der\_Die Rektor\_in informiert den Betriebsrat über die Annahme des Besetzungsvorschlages und die Auswahlentscheidung.

### 2.12§ 27 VERSTÄNDIGUNG DES SENATES

Der\_Die Rektor\_in informiert den Senat über die Annahme des Besetzungsvorschlages.

### 2.13§ 28 INKRAFTTRETEN

Dieser Satzungsteil in der am 26.06.2017 durch den Senat beschlossenen Fassung tritt am 01.10.2017 in Kraft.